

München Klinik gGmbH

München Klinik Bogenhausen

Planung Brandschutzsanierung

Vergabenummer: KB_2025_060

VgV-Offenes Verfahren

Bewerbungsbedingungen

A.	Allgemeines	4
I.	Auftraggeber	4
II.	Gegenstand des Auftrages	4
1.	Überblick	4
2.	Geschätzte Kosten	4
III.	Art und Umfang des Auftrags, einschließlich Optionen	4
1.	Art der Leistungen/Leistungsbild.....	4
2.	Stufenweise Beauftragung/Optionen	5
B.	Bewerbungsbedingungen	5
I.	Bewerbungsbedingungen allgemein	5
1.	Vergaberechtsregime	5
2.	Vergabeverfahrensart	5
3.	Losteilung	5
4.	Bereitstellung der Vergabeunterlagen	5
5.	Vertragsbedingungen	5
6.	Voraussichtlicher Zeitplan	6
7.	Möglichkeit Ortsbesichtigung	6
8.	Zugelassene Sprache	6
9.	Keine Kostenerstattung/Entschädigung für die Angebotserstellung	7
10.	Elektronische Vergabe	7
11.	Kommunikation, Fragen, Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	9
12.	Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen durch AG	10
13.	Nebenangebote	10
14.	Gewerbliche Schutzrechte	10
15.	Sicherstellung des Wettbewerbs.....	10
16.	Auszug aus dem Wettbewerbsregister	10
17.	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten	11
18.	Vertraulichkeit und Geheimhaltung	11
19.	Formblätter des Auftraggebers	11
20.	Angaben der Preise.....	11
21.	Verbot der Änderungen der Vergabeunterlagen.....	12
22.	Bindefrist.....	12
23.	Eigentum an Angeboten.....	12
24.	Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren	12
25.	Rechtsbehelfsbelehrung.....	12
II.	Bewerbungsbedingungen Angebotsphase	13
1.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote	13
2.	Übersicht geforderte Bestandteile des Angebots (Checkliste)	14
3.	Angebotsbestandteile im Einzelnen	15

4. Ergänzende Hinweise	26
5. Formale Prüfung der Angebote.....	26
6. Wertung der Angebote	27
7. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens	29
C. Anlagen	30

A. ALLGEMEINES

Für die in diesen Bewerbungsbedingungen verwendeten Bezeichnungen wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten sind dabei ausdrücklich mitgemeint.

I. Auftraggeber

Auftraggeber ist

München Klinik gGmbH
Thalkirchner Straße 48
80337 München

(im Folgenden als „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“ bezeichnet).

II. Gegenstand des Auftrages

1. Überblick

Gegenstand des Auftrages umfasst die Planung der Brandschutzsanierung von sieben Pflegestationen in der München Klinik Bogenhausen. Sieben (7) Pflegestationen sind brandschutztechnisch zu ertüchtigen. Es wurden bereits 9 Pflegestationen brandschutztechnisch ertüchtigt. Auf den Pflegeebenen E1, E2 und E3 sollen nun weitere Pflegestationen brandschutztechnisch ertüchtigt werden.

Für Einzelheiten wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.

2. Geschätzte Kosten

Die derzeitigen anrechenbaren Kosten (Annahme zu Wertungszwecken) betragen **brutto 2.250.000 € für die KG 300 + 300.000 € für die KG 400** (nach DIN 276)

III. Art und Umfang des Auftrags, einschließlich Optionen

1. Art der Leistungen/Leistungsbild

Der Leistungsgegenstand umfasst **Planungsleistungen in Bezug auf das Leistungsbild Objektplanung Gebäude gem. §§ 33 ff. HOAI i.V.m. Anlage 10 HOAI** für die Leistungsphasen 3 bis 8 (ohne LPH 4).

Alle Leistungen zählen als 1 Objekt – das ist bei der Angebotserstellung zu berücksichtigen.

Details bzgl. Art und Umfang ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (Anlage LB)

2. Stufenweise Beauftragung/Optionen

Die Leistungen werden mit Vertragsschluss stufenweise beauftragt. Mit Vertragsschluss erfolgt zunächst nur eine Beauftragung der Leistungen der Leistungsphasen LPH 3 und 5 (ohne LPH 4).

Der Auftraggeber hat nach Maßgabe des Vertrages das einseitige Recht (Option), den Auftragnehmer entweder einmalig oder sukzessive (d. h. jeweils nach Fertigstellung der zuletzt übertragenen Leistungen) mit jeweils einer oder mehreren weiteren Leistungsphasen bezogen auf alle oder einzelne vertragliche Leistungsbilder zu beauftragen (stufenweise Beauftragung).

Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

B. BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

I. Bewerbungsbedingungen allgemein

1. Vergaberechtsregime

Der Auftraggeber verfährt nach Teil 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie nach den Regelungen der Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts Vergaberechtsmodernisierungsverordnung – VergRModVO), insbesondere nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV).

2. Vergabeverfahrensart

Die Auswahl des Wirtschaftsteilnehmers und dessen Beauftragung mit der hier ausgeschriebenen Leistung erfolgt im **Offenen Verfahren**.

3. Losteilung

Eine Unterteilung der Leistungen in Fachlose und/oder Teillose findet nicht statt. Eine weitere Planerleistung für Elektroplanung wird gesondert ausgeschrieben.

4. Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen können unter dem in der Auftragsbekanntmachung genannten Link unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden. Ein anderweitiger Versand der Vergabeunterlagen erfolgt nicht.

5. Vertragsbedingungen

Über die auftragsgegenständlichen Leistungen wird ein Vertrag geschlossen. Der Vertrag ist als **Anlage A_16** beigefügt.

6. **Voraussichtlicher Zeitplan**

Der vom Auftraggeber aufgestellte voraussichtliche Zeitplan gestaltet sich wie folgt:

Absendung der EU-Auftragsbekanntmachung	08.12.2025
Fristablauf für das Stellen von Bieterfragen	16.01.2026
Fristablauf zur Abgabe der Angebote	27.01.2026; 11.00 Uhr

Die Fristen sind für die Bieter bindend, soweit und solange der Auftraggeber hiervon nicht abweicht. Somit behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den voraussichtlichen Zeitplan anzupassen. Der Auftraggeber behält sich vor, Bieterfragen nach dem o.g. Datum zu beantworten.

7. **Möglichkeit Ortsbesichtigung**

Alle Bieter können an einer Ortsbesichtigung teilnehmen, was in jedem Fall empfohlen wird.

Nimmt ein Bieter die Möglichkeit einer Ortsbesichtigung nicht in Anspruch, kann er keinen Einwand erheben, über die örtlichen Gegebenheiten nicht ausreichend informiert gewesen zu sein.

Termine für eine Ortsbesichtigung sind über die Vergabeplattform, dort unter dem Reiter „Kommunikation“ zu vereinbaren.

Aus Gründen der Gleichbehandlung werden Bieterfragen während der Ortsbesichtigung inhaltlich nicht beantwortet; solche sind ausschließlich über die Vergabeplattform zu stellen (siehe unten Ziffer B.I.12). Die Ortsbesichtigungen werden mit jedem Bieter einzeln durchgeführt und protokolliert.

8. **Zugelassene Sprache**

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Der gesamte Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

Für Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind (z.B. Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch Übersetzungen in die deutsche Sprache beizufügen. Sollten beim AG Zweifel an der Übersetzung bestehen, hat der Bieter auf Nachfrage des AG eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen.

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

9. Keine Kostenerstattung/Entschädigung für die Angebotserstellung

Für die Bearbeitung und Erstellung der Angebote sowie die Teilnahme am Vergabeverfahren insgesamt wird keine Kostenerstattung/Entschädigung gewährt. Gleiches gilt auch bei einer (ganzen oder teilweisen) Aufhebung des Vergabeverfahrens.

10. Elektronische Vergabe

a) **Abwicklung des Vergabeverfahrens mit elektronischen Mitteln**

Für das Senden, Empfangen, Weiterleiten und Speichern von Daten in diesem Vergabeverfahren verwenden der Auftraggeber und die Unternehmen **ausschließlich elektronische Mittel**. Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über die Vergabeplattform

<https://www.dtv.de/>

abgewickelt.

Unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/> ist eine Anleitung für Unternehmen enthalten, in der die Funktionen und die Nutzung der Vergabeplattform beschrieben sind. Weiter sind dort auch Video-Tutorials erhältlich, welche die Nutzung der Vergabeplattform erläutern.

b) **Registrierung**

Zur Teilnahme am Verfahren müssen sich alle interessierten Teilnehmer auf der Vergabeplattform <https://www.dtv.de/> registrieren. Wegen der Einzelheiten zur Registrierung siehe unter:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Registrierung>

Es ist zu beachten, dass an die bei der Registrierung hinterlegte E-Mail-Adresse die gesamte Kommunikation des Vergabeverfahrens gerichtet sein wird. Es wird daher empfohlen, eine E-Mail-Adresse zu wählen, die beim Bieter ständig überwacht wird (zum Beispiel auch im Urlaubs- oder Krankheitsfall)!

Sollten interessierte Unternehmen über die folgenden Angaben hinaus weitere technische Hilfe benötigen, ist der Support der Vergabeplattform zu kontaktieren. Siehe für die Kontaktdaten:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Bieter sollten rechtzeitig vor Fristablauf einen Test-Upload über das Biertool durchführen und sich bei Problemen mit dem Support der Vergabeplattform in Verbindung setzen.

c) Systemvoraussetzungen zur Nutzung der Vergabeplattform

Die Systemvoraussetzungen zur Nutzung der Vergabeplattform sind beschrieben unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Systemvoraussetzungen+VMP>

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über die Funktionen und Nutzung der Vergabeplattform mittels der Video-Tutorials zu informieren, die verfügbar sind unter:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

d) Projektraum

Das hier gegenständliche Vergabeverfahren wird über den in der Auftragsbekanntmachung (ted.europa.eu) genannten Projektraum abgewickelt.

Im Projektraum können Vergabeunterlagen heruntergeladen, Nachrichten mit dem AG ausgetauscht und das Angebot abgegeben werden.

Nähere Einzelheiten zum Projektraum finden Sie unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pagelId=28114993>

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über die Funktionen und Nutzung des Projektraums mittels der Video-Tutorials zu informieren. Zu den Video-Tutorials gelangen Sie über den folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

e) Bietertool

Voraussetzung für die Einreichung eines Angebots ist die Installation und Ausführung des sog. „Bietertools“: Siehe hierzu:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool>

f) Vorgehen für die Abgabe von Angeboten

1. Rufen Sie den Projektraum auf.
2. Verfahren Sie gemäß der unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/display/company/Bietertool> dargestellten Informationen.

Es wird empfohlen, sich zusätzlich über das Vorgehen für die Abgabe von Angeboten mittels der Video-Tutorials zu informieren. Zu den Video-Tutorials gelangen Sie über den folgenden Link:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

g) Erläuterungen zur Verschlüsselung der Angebote

Die elektronischen Angebote werden mit Hilfe des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der Teilnahme- bzw. jeweiligen Angebotsfrist, ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit den notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Erst mit Ablauf der Angebotsfrist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer des Auftraggebers holt die Vergabeplattform die Angebote vom Intermediär ab und bringt die verschlüsselten Angebote mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammen, sodass die Angebote in der Vergabeplattform entschlüsselt und zur weiteren Auswertung bereitgestellt werden.

11. Kommunikation, Fragen, Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Durch die (kostenfreie) Registrierung in dem oben genannten Projektraum der Vergabeplattform nehmen die Wirtschaftsteilnehmer automatisch an der elektronischen Kommunikation teil.

Es obliegt den Wirtschaftsteilnehmern, sich auf der Vergabeplattform laufend selbst über etwaige Änderungen, wie beispielsweise über neue beantwortete Bieterfragen, etwaig überarbeitete Vergabeunterlagen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren (Holschuld).

Für die Abgabe der Angebote ist eine Registrierung jedenfalls zwingend erforderlich (siehe oben).

Der Bieter/ die Bietergemeinschaft hat die Vollständigkeit der Vergabeunterlagen zu überprüfen und fehlende Unterlagen beim Auftraggeber anzufordern.

Ergeben sich für den Bieter/die Bietergemeinschaft Fragen oder enthalten die Vergabeunterlagen erkennbare Unklarheiten, Unvollständigkeiten bzw. Fehler, so obliegt es dem Bieter/der Bietergemeinschaft, unverzüglich – spätestens zu der oben im Zeitplan unter Ziffer B.I.6. genannten Frist zur Stellung von Bieterfragen – über die Vergabeplattform seine/ihre

Bieterfrage(n) zu stellen bzw. auf Unklarheiten, Unvollständigkeiten bzw. Fehler hinzuweisen.

Die entsprechende Verpflichtung trifft den Bieter/die Bietergemeinschaft im Falle des Erhalts einer Aufforderung zur Angebotsabgabe.

Anfragen außerhalb der Vergabeplattform werden inhaltlich nicht beantwortet. Die Fragen der Bieter werden ausschließlich über die Vergabeplattform beantwortet, sofern sie für das Verfahren relevant sind.

12. Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen durch AG

Die Vergabeunterlagen ändernde, ergänzende, berichtigende oder klarstellende Angaben behält sich der Auftraggeber in jeder Phase des Vergabeverfahrens vor.

13. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

14. Gewerbliche Schutzrechte

Der Bieter hat in seinem Angebot anzugeben, wenn für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind. Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechts zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.

15. Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Die Wirtschaftsteilnehmer haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Wirtschaftsteilnehmern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Wirtschaftsteilnehmer diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen.

16. Auszug aus dem Wettbewerbsregister

Der Auftraggeber wird das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, abfragen (vgl. § 6 Abs. 1 WRegG).

17. Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen des Vergabeverfahrens oder der Vertragsabwicklung erbetene personenbezogene Angaben werden hierfür gespeichert und verarbeitet. Dies können beispielsweise sein:

- die Firma, der Vorname und der Nachname, die Position und die Kontaktdaten des Auftragnehmers und der von diesem im Vergabeverfahren benannten Mitarbeiter;
- die Geschäftsadresse des Auftragnehmers.

Der Auftragnehmer erklärt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

18. Vertraulichkeit und Geheimhaltung

Die Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln. Die Vergabeunterlagen nebst allen Anlagen sind urheberrechtlich © geschützt. Sie dürfen nur zur Erstellung des Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – und jede Nutzung für andere Zwecke – beispielsweise für andere Vergabeverfahren – sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung der Berechtigten nicht gestattet.

Wird kein Angebot abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Die Nichtbeachtung der Vertraulichkeitsanforderungen hat – unbeschadet weiterer Folgen – zwangsläufig Einfluss auf die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Bieters, insbesondere auch bei zukünftigen Maßnahmen des Auftraggebers.

Die Bieter haben in ihren Angeboten und die späteren Bieter in ihren Angeboten diejenigen Stellen zu bezeichnen oder zu markieren, die dem Geheimschutz im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen.

19. Formblätter des Auftraggebers

Es sind ausschließlich diejenigen Formblätter zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beigelegt sind. Sollte der Auftraggeber ein oder mehrere Formblätter während des Vergabeverfahrens austauschen, ist immer das bzw. sind immer die aktuellen Formblätter zu verwenden.

20. Angaben der Preise

Alle Preise sind in Euro anzugeben.

Die Preise sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes im Angebot an der dafür vorgesehenen Stelle hinzuzufügen.

Preisnachlässe dürfen nur ohne Bedingungen gewährt werden. Sie gelten für sämtliche Leistungen des Auftragnehmers auf Basis des gegenständlichen Rahmenvertrags, auch soweit die Leistungen nachträglich ergänzt oder geändert werden (zum Beispiel zusätzliche/besondere Leistungen).

Nicht zu wertende Preisnachlässe (insbesondere Preisnachlässe mit Bedingungen) bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

Der Bieter hat auf Verlangen des AG Unterlagen zur Preisermittlung zu dem vom AG bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen anderer Unternehmen.

21. Verbot der Änderungen der Vergabeunterlagen

Änderungen in und an den Vergabeunterlagen durch die Bieter sind unzulässig (vgl. § 53 Abs. 7 Satz 1 VgV).

22. Bindefrist

Die Bieter sind an ihre Angebote jeweils für 2 Monate ab dem Datum des Endes der jeweiligen Angebotsfrist gebunden.

23. Eigentum an Angeboten

Die eingereichten Angebote gehen in das Eigentum des Auftraggebers über.

24. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Regierung von Oberbayern
Vergabekammer Südbayern
Postanschrift: Maximilianstraße 39
80538 München
Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847

25. Rechtsbehelfsbelehrung

Gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Aufforderung zur Interessensbestätigung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Aufforderung zur Interessensbestätigung benannten Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren.

Gemäß § 134 Abs. 2 GWB darf ein Vertrag erst zehn (10) Kalendertage nach Absendung (per Telefax, E-Mail oder elektronisch über die Vergabeplattform) der Information nach § 134 Abs. 1 GWB geschlossen werden. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter kommt es nicht an.

Gemäß § 135 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Unwirksamkeit nach § 135 Abs. 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

II. Bewerbungsbedingungen Angebotsphase

1. Allgemeine Anforderungen an die Angebote

Die Angebote haben die geforderten Angaben, Erklärungen und Preise vollständig zu enthalten und sind rechtzeitig ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen (vgl. §53 Abs. 7 Satz 2 VgV).

a) Frist zur Abgabe der Angebote

Das Angebot muss einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form über die Vergabeplattform rechtzeitig, und zwar spätestens bis zu der in der Auftragsbekanntmachung genannten Frist eingereicht werden.

b) Umgang mit verspätet eingegangenen Angeboten

Angebote, die verspätet eingehen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bieter zu vertreten sind. Der Bieter trägt die Darlegungslast und Beweislast, dass diese ihn entlastenden Umstände tatsächlich gegeben sind.

c) Eintragungen des Bieters und Änderungen hieran

Eintragungen des Bieters müssen klar und eindeutig sein. Der Bieter trägt das Risiko unklarer und nicht eindeutiger Eintragungen.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

d) Änderungen des Angebots durch den Bieter

Bis zum Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist können die jeweiligen Angebote über die Vergabeplattform zurückgezogen werden.

Berichtigungen, Ergänzungen oder Änderungen können hinsichtlich des jeweiligen Angebots bis zum Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist ausschließlich über die Vergabeplattform vorgenommen werden.

2. Übersicht geforderte Bestandteile des Angebots (Checkliste)

Mit dem Angebot sind einzureichen

- dem ausgefüllten **Formblatt „Angebotsschreiben“ (Anlage A_1)**,
- dem ausgefüllten Formblatt **Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung (Anlage A_2)** mit dem **Anhang A2 (a)** „Referenzen des Bieters/des oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft“
- *sofern das Angebot von einer Bietergemeinschaft eingereicht wird:* die ausgefüllte und von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft **unterschiedene Bietergemeinschafts-erklärung als Anlage A_3**,
- *sofern eine Eignungsleihe vorliegt:*
 - dem ausgefüllten **Formblatt Eignungsleihe Bewerber als Anlage A_4**,

- dem ausgefüllten **Verpflichtungserklärung Eignungsverleiher als Anlage A_5**,
- der **Eigenerklärungen des anderen Unternehmens** zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und zu den Eignungskriterien, hinsichtlich derer die **Eignungsleihe** erfolgt als **Anlage A_2**,
- dem ausgefüllten Formblatt **Eigenerklärung Sanktionspaket Russland (Anlage A_6)**.
- dem ausgefüllten **Formblatt „Auftragsbezogenes Organisations- und Personalkonzept inklusive Terminplan“ (Anlage A_7)** und dem im Formblatt geforderten Anhang,
- dem ausgefüllten **Formblatt zum Personal (Anlage A_8)** und den im Formblatt geforderten Anhängen,
- das **ausgefüllte Honorarblatt (Anlage A_9)**,
- *sofern beabsichtigt wird, Leistungen an Unterauftragnehmer zu vergeben:* das ausgefüllte Formblatt **Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen (Anlage A_10)**,
- *sofern Bieterfragen beantwortet wurden,* das **Dokument Bieterfragen (Anlage A_12)**
- das Dokument **Informationen zum Bieter (Anlage A_15)**

Erst auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers ist einzureichen:

- Ausgefülltes Formblatt **Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Anlage A_11_FB UA-236)** und Erklärung zu Ausschlussgründen Unterauftragnehmer (Ziffern 1. bis 4. des Formblatts Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung, Anlage A_2

3. Angebotsbestandteile im Einzelnen

a) **Angebotsschreiben**

Für die Erstellung des Anschreibens ist das beigefügte Angebotsschreiben in **Anlage A_1** zu verwenden. Dieses ist vollständig auszufüllen und in Textform gemäß § 126b BGB zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf der Vergabeplattform einzureichen.

b) **Ausschlussgründe/Eignungskriterien, Unterlagen**

Der Auftraggeber überprüft die Eignung der Bieter anhand der gemäß § 122 GWB festgelegten Eignungskriterien und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne des § 123 und § 124 GWB.

Folgende Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und/oder sonstige Nachweise) zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen und der Erfüllung der Eignungskriterien sind unter Verwendung des Formblatts Nichtvorliegen

von Ausschlussgründen/Eignung (**Anlage A_2**) mit dem Angebot zwingend einzureichen:

aa) Eigenerklärung gemäß § 123 Abs. 1-3 GWB

Eigenerklärung (gem. § 123 Abs. 1-3 GWB), ob eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters zuzurechnen¹ ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist,² jeweils wegen einer Straftat nach

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern)
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

bb) Eigenerklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB

Eigenerklärung, ob der Bieter seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).

Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

cc) Eigenerklärung gemäß § 124 GWB

Eigenerklärung des Bieters, ob

- sein Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- sein Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, oder sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- sein Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität seines Unternehmens infrage gestellt wird,
- sein Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- sein Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder

fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat.

Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

dd) Eigenerklärung zu weiteren Ausschlussgründen

Eigenerklärung des Bieters, ob in Bezug auf sein Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vorliegen.

Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

ee) Berufshaftpflichtversicherung

Eigenerklärung des Bieters, dass er eine Berufshaftpflichtversicherung

- mit einer Deckungssumme je Schadensfall von mindestens 3.000.000,00 EUR für Personen- und Sachschäden
- wobei die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Kalenderjahr betragen muss,

bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen unterhält.

Im Falle einer geringeren Versicherungssumme und/oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung als vorstehend genannt, hat der Bieter zu erklären, dass er über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügt und diese im Auftragsfall an die vorstehenden Anforderungen anpassen wird. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Angebotes.

Bei Bietergemeinschaften ist eine solche Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

ff) Umsatz

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Objektplanung gem. §§ 33 ff HOAI i. V. m. Anlage 10 HOAI) des Bieters, in jedem der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre (2022-2024), jeweils in EUR netto.

Mindestanforderung ist ein durchschnittlicher Umsatz (Honorarkosten) im Tätigkeitsbereich des Auftrages des Bieters, in jedem der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre (2022-2024), von mindestens 300.000,- EUR brutto p.a. Die Nichterfüllung der Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Angebotes.

Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrages der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages anzugeben. Letztgenannter Wert ist maßgeblich für die Einhaltung der Mindestanforderung. Entsprechendes gilt für die jeweiligen Gesamtumsätze.

gg) Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten (angestellte Mitarbeiter) und der Führungskräfte (Inhaber, geschäftsführende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vorstände) des Bieters jeweils in den letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022-2024) ersichtlich ist.

Mindestanforderung ist eine durchschnittliche Zahl der Beschäftigten (angestellte Mitarbeiter) und der Führungskräfte (Inhaber, geschäftsführende Gesellschafter, Geschäftsführer, Vorstände) des Bieters von 3 jeweils in den letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022-2024).

Bei einer Bietergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten jedes Mitglieds der Bietergemeinschaft zu addieren; entsprechendes gilt für die durchschnittliche Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bietergemeinschaft je Jahr. Die Summe ist maßgeblich für die Einhaltung der Mindestanforderung.

hh) Referenzen des Bieters/des Mitglieds oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft

Eigenerklärung über die nachfolgende Zahl geeigneter Referenzen (**Mindestanforderung**) des Bieters/des Mitglieds oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft über ausgeführte Leistungen der Objektplanung. §§ 33 ff HOAI i. V. m. Anlage 10 HOAI, jeweils mit Angabe

- *bei Bietergemeinschaften:* des Namens des Unternehmens, das das Referenzprojekt durchgeführt hat,
- der Rolle des Referenznehmers in dem Referenzprojekt,
- der Projektbezeichnung und Projektbeschreibung inkl. Beschreibung der erbrachten Leistungen,
- des Auftragswerts (Wert der erbrachten Leistung, netto),

- des Erbringungszeitpunkts (Zeitraum der Leistungserbringung),
- des öffentlichen oder privaten Empfängers (Name/ Anschrift des Auftraggebers und Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

Eine Referenz gilt **jeweils** als geeignet, wenn **alle** folgenden Anforderungen erfüllt sind:

Als Eignungskriterium gefordert sind **drei (3) Referenzen** des Bieters/ der Mitglieder der Bietergemeinschaft, die jeweils alle folgenden Anforderungen erfüllen:

1. Es handelt sich bei dem Referenzprojekt mit den Leistungen der Objektplanung gem. §§ 33 ff HOAI i. V. m. Anlage 10 HOAI, für die o.g. **LPH 3-8** (ohne 4).
2. Das Referenzprojekt ist eine **Sanierungsmaßnahme, deren Baumaßnahmen im laufenden Betrieb umgesetzt wurden.**
3. Projektstand des Referenzprojekts bei Ablauf der Angebotsfrist in diesem Verfahren: **Der Bieter hat die beauftragten Leistungen der Leistungsphasen 3 bis 8 im Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum Ablauf der Angebotsfrist ab fertiggestellt.**

Bei Bietergemeinschaften muss klar erkennbar sein, welches Referenzprojekt welchem Mitglied der Bietergemeinschaft zuzuordnen ist. Die Mindestanforderungen erfüllende Referenzprojekte der Mitglieder werden der Bietergemeinschaft zugerechnet.

Die Referenzangaben sind in Anlage **A_2 (a)** zu tätigen.

c) Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit dem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für das Vergabeverfahren und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus allen Mitgliedern im Auftragsfall erklärt ist,
- dass jedes Mitglied im Auftragsfall der Arbeitsgemeinschaft die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen wird,

- dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft und (im Auftragsfall) der Arbeitsgemeinschaft als Gesamtschuldner haften.

Die rechtlichen Anforderungen an die Bildung von Bietergemeinschaften sind einzuhalten.

Die Bietergemeinschaften haben für diese Erklärung das als **Anlage A_3** beigefügte Formblatt „Bietergemeinschaftserklärung“ zu verwenden und dieses Formblatt mit ihrem Angebot ausgefüllt einzureichen.

d) Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bieter/die Bietergemeinschaft im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen (sog. eignungsverleihende Unternehmen) in Anspruch zu nehmen, muss der Bieter/die Bietergemeinschaft im Formblatt Eignungsleihe Bieter (Anlage A_4)

- das eignungsverleihende Unternehmen (Name/Firma/Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Land), Telefonnummer, E-Mail-Adresse) benennen,
- Art und Umfang der Inanspruchnahme angeben,
- falls der Bieter/die Bietergemeinschaft im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt, die von diesen auszuführende Leistung beschreiben.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass ein Bieter/eine Bietergemeinschaft im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen kann, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Gleichzeitig hat der Bieter/die Bietergemeinschaft

- die Eigenerklärungen des eignungsverleihenden Unternehmens zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen vorzulegen (**Anlage A_2**),
- die Eigenerklärungen des eignungsverleihenden Unternehmens zu den Eignungskriterien, hinsichtlich derer die Eignungsleihe erfolgt, vorzulegen (**Anlage A_2**),

- nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel des eignungsverleihenden Unternehmens tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des eignungsverleihenden Unternehmens vorlegt (**Anlage A_5**),

e) Eigenerklärung Sanktionspaket Russland

Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat mit dem Angebot das vollständig ausgefüllte „Formblatt Eigenerklärung Sanktionspaket Russland“ (**Anlage A_6**) einzureichen.

f) Angebotsinhalte (Gegenstand der Wertung)

aa) Auftragsbezogenes Organisations- und Personalkonzept

Das Formblatt „Auftragsbezogenes Organisations- und Personalkonzept“ (**Anlage A_7**) ist mit dem

- **auftragsbezogenen Organisations- und Personalkonzept**

des Bieters bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf der Vergabepattform einzureichen.

Das Konzept muss einen

- Personaleinsatzplan mit Darstellung der vorgesehenen Kapazitäten pro Mitglied des Projektteams, monatsweise über die Projektdauer, und Darstellung von Reserven (Ausfälle, Urlaube, zusätzliche Bedarfe), und
- Darstellung der Zusammenarbeit und Koordination der Leistungen innerhalb des Projektteams und mit den anderen Projektbeteiligten (Auftraggeber, sonstige Planer, ausführende Firmen)

beinhalten.

Der Auftraggeber erwartet hier eine nachvollziehbare Darstellung, die erkennen lässt, wie der Bieter im Auftragsfalle die Aufbau- und Ablauforganisation gestaltet, um die vertragsgegenständlichen Leistungen optimal zu erbringen. Dies beinhaltet auch, welche Aufgaben-, Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche die jeweiligen Mitarbeiter übernehmen werden, und wie Redundanzen und Vertretungen (Urlaub, Krankheit etc.) zur jederzeitigen reibungslosen und gleichbleibend qualitativen Auftragserfüllung abgebildet werden. Klargestellt wird, dass die Qualifikation und die Berufserfahrung der eingesetzten Mitarbeiter des Bieters/Mitglieder des Projektteams hier nicht bewertet werden; für diese gibt es ein eigenes Zuschlagskriterium.

Die vorgenannten Anforderungen haben bei der Bewertung eine identische Bedeutung. Der Auftraggeber wertet die Angebotsinhalte gesamthaft, auch im Vergleich der Angebote untereinander.

bb) Angaben zum Personal

Im „Formblatt zum Personal“ (**Anlage A_8**) und dem hiermit einzureichenden Anhang hat der Bieter die nachfolgend geforderte Zusicherung abzugeben, das für die Leistungserbringung vorgesehene Personal zu benennen, und sämtliche Unterlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf der Vergabepattform einzureichen.

Eigenerklärung, dass das vom AN einzusetzende Personal die nachfolgenden **Mindestanforderungen** erfüllt:

- berufliche Qualifikation eines abgeschlossenen Fachhochschul- oder Hochschulstudiums (**Dipl.-Ing., Bachelor oder Master Bauingenieurwesen oder Architektur oder vergleichbar**);
- **Projektleiter**: mindestens 5 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter
- **Stellvertretender Projektleiter**: mindestens 5 Jahre Berufserfahrung als Projektleiter oder stellvertretender Projektleiter
- **Restliches Projektteam**: Jeweils mindestens 2 Jahre Berufserfahrung in der angebotenen Position

(1) Benennung der für die Leistungserbringung eingesetzten Projektleiter

Als **Mindestanforderung** gefordert sind die Benennung des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters und des Projektleiters Bauüberwachung.

Für diese Projektleiter müssen jeweils die entsprechenden Nachweise zur Erfüllung der **Mindestanforderungen** (Zeugniskopien o.ä.) sowie bei Nichtmuttersprachlern ein Nachweis für Sprachniveau Deutsch mindestens C1 vorgelegt werden. Die entsprechenden Zeugnisse sind **als Anhang zur Anlage A_8** einzureichen.

Die benannten Projektleiter müssen im Auftragsfall in der Auftragsdurchführung zwingend in diesen Funktionen neben den sonstigen einzusetzenden Personen zum Einsatz kommen. Die angegebenen Projektleiter dürfen in der Auftragsdurchführung nur in begründeten Ausnahmefällen (z.B. Kündigung) mit Zustimmung des AG und nur durch mindestens gleich qualifizierte Personen mit mindestens gleich langer einschlägiger Berufserfahrung ersetzt werden. Ein unberechtigter Austausch eines benannten Projektleiters berechtigt den AG zur außerordentlichen Kündigung des Vertrags. Andere Ansprüche, z. B. auf Minderung der Vergütung, bleiben vorbehalten.

Diese Anforderungen sind **Mindestanforderungen** bei deren Nichterfüllung der Ausschluss des Angebots erfolgt.

(2) Berufserfahrung der für Leistungserbringung eingesetzten Projektleiter

Zur Bewertung der für den Auftragsgegenstand einschlägigen Erfahrung der Projektleiter erwartet der Auftraggeber eine nachvollziehbare Darstellung von je Projektleiter mindestens zwei (2) mit dem Angebot anzugebender **persönlicher Referenzprojekte** über nach Art, Inhalt und Umfang vergleichbare Leistungen **aus dem Zeitraum vom 01.01.2018 bis zum Ablauf der Angebotsfrist**, die erkennen lassen, wie die Projektleiter vergleichbare Aufgaben in dieser Funktion in der Vergangenheit erfüllt haben, um prognostisch sicherzustellen, dass die ausschreibungsgegenständlichen Leistungen bestmöglich erbracht werden.

Bewertet werden im Hinblick auf die Vergleichbarkeit Art, Inhalt und Umfang der jeweils erbrachten Leistungen (Leistungsphasen, Leistungsbilder) sowie mit der Aufgabenstellung vergleichbare Anforderungen des Referenzprojekts und wie diese vom Projektleiter und stellvertretenden Projektleiter jeweils im Sinne des Projekterfolgs adressiert worden waren.

Die vorgenannten Anforderungen haben bei der Bewertung eine identische Bedeutung. Der Auftraggeber wertet die Angebotsinhalte gesamthaft, auch im Vergleich der Angebote untereinander.

g) Honorarformblatt

Das Honorarangebot ist über sämtliche verfahrensgegenständlichen Leistungen unterteilt in Honorare für die einzelnen Leistungsphasen und der anzubietenden Stundensätze auf Basis des Honorarformblatts (**Anlage A_9**) zu erstellen. Grundlagen des Honorarangebots sind diese Vergabeunterlagen nebst Anlagen.

Der Auftragnehmer ist an alle Honorarparameter wie im Honorarformblatt angeboten gebunden;

Es wird darauf hingewiesen, dass sämtliche für die weiteren Leistungen entstehenden Kosten von den hierfür angebotenen Pauschalpreisen abgegolten sind.

Auf dieser Basis haben die Bieter das Honorar zu bestimmen und im Honorarangebot auf Basis des Honorarformblatts (**Anlage A_9**) und der benannten anrechenbaren Kosten unter Aufgliederung der folgenden Parameter auszuweisen:

- Prozentsätze,
- Honorarzone,
- Honorarsatz;
- Umbauzuschlag;
- Nebenkostenprozentsatz;

- Stundensätze für die im Honorarformblatt angegebenen Personengruppen (Hinweis: die dort ausgewiesenen Stundenzahlen dienen nur der Ermittlung der Wertungssumme; es handelt sich um eine Stundenschätzung. Die Beauftragung von nach Zeithonorar zu vergütenden Leistungen bedarf der ausdrücklichen vorherigen schriftlichen Anforderung);
- Zu- oder Abschlag, gültig für alle vertragsgegenständlichen Honorare, auch für etwaig im Rahmen der Projektdurchführung entstehende Honoraransprüche wegen geänderter/zusätzlicher Leistungen;
- Umsatzsteuer.

Auf dieser Basis sind vom Bieter die Honorare für die einzelnen Leistungen in dem Honorarformblatt (**Anlage A_9**) auszuweisen.

Aus diesen ist in Addition in dem Honorarformblatt inkl. der Nebenkostenpauschale und des Zu- und Abschlags und der Umsatzsteuer der Wertungsgesamtpreis brutto inkl. NK zu bilden, der Gegenstand der Angebotswertung ist.

Die vertragsgegenständlichen Honorarparameter (Prozentsätze, Honorarzone, Honorarsatz, Umbauzuschlag, Nebenkosten, Stundensätze, Zu- oder Abschlag) bleiben im Projektverlauf unverändert, auch wenn sich die anrechenbaren Kosten ändern sollten. Die Bieter sind daher angehalten, die Parameter so anzubieten, dass sie für sie in jedem Fall über die gesamte Projektdauer auskömmlich sind, insbesondere auch vor dem Hintergrund des entfallenen Mindestsatzcharakters der HOAI.

Ein Ansatz von anrechenbaren Kosten für mitzuverarbeitende Bausubstanz ist ausgeschlossen. Dies ist vom Bieter im Rahmen der Honorargestaltung im Übrigen zu berücksichtigen

Der Auftragnehmer erklärt sich mit Abgabe eines Angebots mit einer diesbezüglichen Bindefrist von 2 Monaten nach Ablauf der jeweiligen Angebotsabgabefrist einverstanden.

h) Unterauftragnehmerleistungen

Beabsichtigt ein Bieter/eine Bietergemeinschaft Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, muss er/sie zusammen mit seinem/ihrer Angebot Art und Umfang der durch diese Unterauftragnehmer auszuführenden Leistungen in dem als **Anlage A_10** beigefügten Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen angeben. Dem Bieter/der Bietergemeinschaft steht es grundsätzlich frei, bereits in der **Anlage A_10** Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen den Namen des Unterauftragnehmers anzugeben.

Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers innerhalb der hierfür gesetzten Frist unter Verwendung des Formblatts Unterauftragnehmer (**Anlage A_11**) (für jeden Unterauftragnehmer ist ein eigenes Formblatt Unterauftragnehmer zu verwenden)

- im Abschnitt 1 des Formblatts Unterauftragnehmer (**Anlage A_11**) Name/Firma des vorgesehenen Unterauftragnehmers zu benennen;
- den Nachweis einzureichen, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise die in Abschnitt 2 des Formblatts Unterauftragnehmer (**Anlage A_11**) vorgesehene Verpflichtungserklärung des in Abschnitt 1 des Formblatts Unterauftragnehmer (**Anlage A_11**) genannten Unterauftragnehmers vorlegt;
- eine Eigenerklärung des Unterauftragnehmers über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Abschnitt 3 des Formblatts Unterauftragnehmer, **Anlage A_11**) vorzulegen.

i) Auftragsverarbeitungsvereinbarung

Anlage AV_13 enthält die Auftragsverarbeitungsvereinbarung.

Diese ist nach Vertragsschluss bei Bedarf zu unterzeichnen.

j) Datenschutzhinweise

Die Datenschutzhinweise enthält **Anlage AV_14**

Die Datenschutzhinweise (**Anlage AV_14**) müssen nicht mit dem Angebot (Angebot, ein etwaiges Folgeangebot und das endgültige Angebot) eingereicht werden.

4. Ergänzende Hinweise

Der Bieter/die Bietergemeinschaft, der/die nach dem Ergebnis dieser Prüfung die Anforderungen an die Eignung nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

5. Formale Prüfung der Angebote

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Angebote zunächst auf die Einhaltung der in diesen Vergabeunterlagen festgelegten formalen und inhaltlichen Anforderungen gemäß § 56 Abs. 1 VgV. Dabei überprüft er die Vollständigkeit und Richtigkeit des jeweiligen Angebots. Das Angebot muss vollständig sein und alle geforderten Unterschriften, Angaben und Erklärungen enthalten.

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 5 VgV genügen, insbesondere:

- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten.
- Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten).
- Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind
- Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind.
- Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder
- 6. nicht zugelassene Nebenangebote.

Der Auftraggeber kann Bieter/die Bietergemeinschaft auffordern, die eingereichten Unterlagen zu erläutern (vgl. § 48 Abs. 7 VgV).

Der Auftraggeber kann die Bieter unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb einer festzulegenden angemessenen Frist vorzulegen. Ein Anspruch der Bieter auf eine Nachforderung von Unterlagen besteht nicht.

6. Wertung der Angebote

a) **Zuschlagskriterien und Gewichtung**

Die geprüften und zu wertenden Angebote werden auf der letzten Wertungsstufe bezüglich der Zuschlagskriterien und deren Gewichtung bewertet:

Zuschlagskriterium	Punkte (max. (1))	Gewichtung (2)	Ergebnis (max. (1) x (2))
1. Auftragsbezogenes Organisations- und Personalkonzept	4	25	100
2. Berufserfahrung der eingesetzten Projektleiter	4	25	100
3. Wertungsgesamtpreis brutto	4	50	200
Gewichtete Gesamtpunktzahl			400

b) Bewertungsmaßstäbe

aa) Bewertungsmaßstab Zuschlagskriterien Nr. 1-2

Die Punkteverteilung bei den Zuschlagskriterien Nr. 1 bis 2 und ggf. aller Unterkriterien erfolgt jeweils folgendermaßen, wobei die Bewertung jedes Angebots auch in Relation zu den anderen in der Wertung befindlichen Angeboten erfolgt.

Die Bewertung erfolgt gesamthaft auf Basis der in den Vergabeunterlagen erkennbaren Anforderungen, Zielen und Erwartungen, denen gleiche Bedeutung zukommt:

4 Punkte: die Angebotsinhalte des Bieters lassen in der prognostischen Bewertung des betreffenden Kriteriums durch den Auftraggeber eine einwandfreie Leistung erwarten; der Auftraggeber erkennt in der prognostischen Beurteilung keine Kritikpunkte/Schwächen.

3 Punkte: die Angebotsinhalte des Bieters lassen in der prognostischen Bewertung des betreffenden Kriteriums durch den Auftraggeber eine im Wesentlichen gute Leistung erwarten; der Auftraggeber erkennt in der prognostischen Beurteilung wenige geringfügige Kritikpunkte/Schwächen.

2 Punkte: die Angebotsinhalte des Bieters lassen in der prognostischen Bewertung des betreffenden Kriteriums durch den Auftraggeber mit gewissen Zweifeln eine noch ordnungs-gemäße Leistung erwarten; der Auftraggeber erkennt in der prognostischen Beurteilung (ggf. auch durch unzureichende Angaben des Bieters) einige geringfügige Kritikpunkte/Schwächen.

1 Punkt: die Angebotsinhalte des Bieters lassen in der prognostischen Bewertung des betreffenden Kriteriums durch den Auftraggeber erhebliche Zweifel an der ordnungsgemäßen Leistung zurück; der Auftraggeber erkennt in der prognostischen Beurteilung (ggf. auch durch unzureichende Angaben des Bieters) erhebliche Kritikpunkte/Schwächen.

0 Punkte: die Angebotsinhalte des Bieters lassen in der prognostischen Bewertung des betreffenden Kriteriums durch den Auftraggeber keine ordnungsgemäße Leistung erkennen; der Auftraggeber erkennt in der prognostischen Beurteilung (ggf. auch durch unzureichende Angaben des Bieters) inakzeptable Kritikpunkte/Schwächen.

Bei einer Bewertung mit 0 Punkten in einem Unterkriterium wird das Angebot ausgeschlossen.

bb) Bewertungsmaßstab Zuschlagskriterium Nr. 3 (Wertungsgesamtpreis brutto)

Die Punkteverteilung beim Wertungsgesamtpreis brutto erfolgt folgendermaßen:

Das Angebot mit dem niedrigsten Wertungsgesamtpreis brutto erhält 4 Punkte, ein Angebot mit einem Wertungsgesamtpreis brutto, der beim (mindestens) 2-fachen des Angebots mit dem niedrigsten Wertungsgesamtpreis brutto liegt, erhält 0 Punkte. Ein Angebot mit einem Wertungsgesamtpreis brutto, der zwischen dem 1,0-fachen und 2-fachen des Angebots mit dem niedrigsten Wertungsgesamtpreis brutto liegt, erhält die Punktzahl, die sich aus der linearen Interpolation mit bis zu drei Stellen nach dem Komma ergibt.

Der Auftraggeber schließt den Vertrag mit dem Bieter, dessen Angebot die höchste gewichtete Gesamtpunktzahl (letzte Zeile der vorstehenden Tabelle) erhält. Bei Punktgleichheit erfolgt der Zuschlag auf das Angebot mit dem niedrigsten Wertungsgesamtpreis brutto.

7. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde (vgl. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

C. ANLAGEN

Anlage LB:	Leistungsbeschreibung
Anlage A_1:	Angebotsschreiben
Anlage A_2:	Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung
Anlage A_3	Bietergemeinschaftserklärung
Anlage A_4:	Formblatt Eignungsleihe Bieter
Anlage A_5:	Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
Anlage A_6:	Formblatt Eigenerklärung Sanktionspaket Russland
Anlage A_7:	Formblatt Auftragsbezogenes Organisations- und Personalkonzept
Anlage A_8:	Formblatt zum Personal
Anlage A_9:	Honorarformblatt
Anlage A_10:	Formblatt Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen
Anlage A_11:	Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
Anlage A_12:	Bieterfragen
Anlage A_13:	Auftragsverarbeitungsvereinbarung
Anlage A_14:	Datenschutzhinweise
Anlage A_15:	CSX-59-Eigenerklärung-Informationen-zum-Bieter
Anlage A_16:	Vertrag
Anlage A_16a:	Allgemeine Vertragsbedingungen